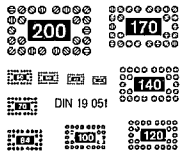

POLITIK

Nr. 12 September 1988 Informationsdienst der SPD

Zukunft kommt nicht von selbst

Fortschritt nur mit uns

Leitlinien sozialdemokratischer Nord-Süd-Politik

Beschluß zur Nord-Süd-Politik
Parteitag in Münster 30.8.—2.9.1988

Archiv der Sozialen Demokratie ✱ Bibliothek ✱ Bonn

C89-1561

Inhalt

Leitlinien sozialdemokratischer Nord-Süd-Politik

I. Zur Lage	4
II. Unsere Ziele	
III. Unser Weg	5
Ein Sofortprogramm Nord-Süd	6

Leitlinien sozialdemokratischer Nord-Süd-Politik

I. Zur Lage

1. Nord und Süd bilden eine Weltgesellschaft, die auf Dauer nur als Ganzes überleben kann. Wie wir Schutz vor Kriegen und ökologischen Katastrophen nur in Systemen gemeinsamer Sicherheit finden, so verlangt menschenwürdiges Leben in Nord und Süd, daß wir für die wirtschaftliche, technische und soziale Entwicklung gemeinsame Verantwortung wahrnehmen.

2. Das gemeinsame Interesse von Nord und Süd an globaler Entwicklungspartnerschaft konnte sich bisher nicht durchsetzen gegen Sonderinteressen in Nord und Süd.

Weder das Bewußtsein der Verantwortlichen noch die gebräuchlichen politischen Instrumente reichen aus, um nationale Entscheidungen an globalen Aufgaben zu orientieren. So vertieft sich die Kluft zwischen Nord und Süd.

Die Verschuldungskrise des Südens wird zum Hemmnis für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Sie zwingt die Entwicklungsländer zu einer überzogenen Exportorientierung auf Kosten der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Statt grenzübergreifende Mechanismen zu schaffen, um Klimaveränderungen, den Raubbau an nicht regenerierbaren Ressourcen und die Verschmutzung der Meere und der Atmosphäre zu stoppen, setzen die Staaten eine ungehemmte Konkurrenz auf Kosten der Umwelt fort.

Statt weltwirtschaftliche Ungleichgewichte zu verringern, unterstützen die Regierungen den Kampf des Kapitals um Marktanteile und Ressourcen zu Lasten der Armen in den Entwicklungsländern.

3. Sieht man von wenigen prosperierenden Ländern ab, so geht es den meisten Menschen im Süden heute schlechter als vor einem Jahrzehnt. Viele leiden und sterben an Hunger und Krankheit. Immer mehr Menschen haben keine Wohnung, können nicht lernen, bleiben ohne Arbeit und Lebenschancen, kämpfen in der Hoffnungslosigkeit wachsender Slums und zerstörter Natur um ihr Überleben.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt hält nicht einmal mit dem Bevölkerungswachstum Schritt. Ressourcen bleiben ungenutzt, werden vergeudet oder auf dem Weltmarkt verschleudert. Die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industrieländern ist gewachsen, ihre weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich verschlechtert. Die immer noch wachsende Verschuldung ist das krasseste Symptom der Entwicklungskrise; sie wird ihrerseits zum Auslöser wirtschaftlichen Niedergangs, sozialer Verelendung und ökologischer Zerstörung. Überschuldung hemmt demokratische Entwicklungen.

4. Die Ursachen dieser verzweifelten Bilanz liegen auch in den politischen und gesellschaftlichen Strukturen dieser Länder und im Versagen ihrer Eliten. Extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen, Ausbeutung und Korruption, aufreizender Luxus und überzogene Rüstung, bürokratische Gängelung und gewaltsame Repression hemmen die Entfaltung der eigenen Kräfte. Die inländischen Ersparnisse werden oft nicht produktiv genutzt. Den Menschen wird die Partizipation am landwirtschaftlichen und gewerblichen Aufbau und an politischen Entscheidungen verweigert.

Oligarchische Interessen bewirken Kapitalflucht und vor allem die Vergeudung landwirtschaftlicher Ressourcen. Sie verhindern zudem, daß effiziente Wettbewerbsstrukturen aufgebaut und knappe Devisen produktiv verwendet werden. Im Binnenmarkt wird zu wenig investiert.

Ineffiziente Wirtschafts- und Finanzpolitik führt zu Inflation, hohen Defiziten der öffentlichen Haushalte und Kapitalflucht.

5. Für diese Mängel und Fehler tragen die Industrieländer eine Mitverantwortung. Kolonialismus und Imperialismus haben über Jahrhunderte hinweg die Strukturen des Südens geprägt, seine Eliten gestützt und auf westliche Leitbilder hin ausgebildet, die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung geformt und Länder des Südens ausgebeutet.

Die strukturelle Asymmetrie zwischen Nord und Süd, die Fixierung vieler Entwicklungsländer auf die Rolle von Rohstofflieferanten und Niedriglohnländern, die Festlegung weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu Lasten der Entwicklungsländer, die Monopolisierung ökonomischer und finanzieller Macht in multinationalen Konzernen und Banken, die Ineffizienz weltwirtschaftlicher Koordination hat der Norden zu verantworten. Auch die Entwicklungskonzepte, die sich inzwischen für viele junge Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas als Sackgasse erwiesen haben, wurden von den Industrieländern entworfen.

6. Der vom Norden geprägte Begriff von Entwicklung erweist sich als fragwürdig.

Die kapitalistische Logik hat zwar eine ungeheure Dynamik der Produktivkräfte bewirkt, aber zur Verengung von Entwicklung auf wirtschaftliche Expansion und materiellen Nutzen geführt. Die dadurch bedingte Verarmung an humaner, sozialer, kultureller und ökologischer Substanz trifft vor allem die Menschen in Entwicklungsländern.

Das historische Muster von Produktion, Arbeit und Leben, das sich im Norden herangebildet hat, eignet sich nicht dafür, kritiklos als Vorbild von Entwicklung kopiert zu werden. Der Süden muß vielmehr seinen eigenen Weg gehen, unterstützt vom Norden. Die Industrieländer ihrerseits sollten zu einem umfassenderen Konzept von Entwicklung übergehen. Dazu gehört: die eigenen Ansprüche an die Weltressourcen zu reduzieren, Produktion und Verbrauch der globalen Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen unterzuordnen, ihre Wirtschaft ökologisch zu erneuern und eine soziale Kontrolle der internationalen Arbeitsteilung sicherzustellen. Eine solche Änderung eigenen Verhaltens und eigener Strukturen könnte sich als die beste Entwicklungspolitik erweisen.

II. Unsere Ziele

7. Für Sozialdemokraten gelten in der internationalistischen Tradition der SPD die Grundwerte Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität über die nationalen Grenzen hinaus.

Gerechtigkeit bedeutet, auch international Strukturen zu schaffen, die in Gesellschaft und Wirtschaft eine bessere Verteilung der Ressourcen, Güter und Chancen garantieren und gleichzeitig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärken. Uns ist bewußt, daß in den Industrieländern Beschäftigung und Wohlstand auch der Arbeitnehmer oft auf Kosten der Menschen in Entwicklungsländern gesichert werden.

Gerechtigkeit verlangt, daß wir auch hier für einen Ausgleich der Interessen eintreten.

Freiheit heißt auch: Jedes Land hat Anspruch darauf, seinen eigenen Entwicklungsweg zu suchen und sich auf seine Weise in die internationale Arbeitsteilung einzugliedern. Wir wenden uns gegen alle Versuche, durch politischen und wirtschaftlichen Druck von außen den Ländern des Südens ein Wirtschaftssystem und eine außenpolitische Orientierung aufzuzwingen.

Internationale Solidarität meint, Widerstand gegen jede Form der Ausbeutung zu leisten und denen, die Not leiden, die Hilfe zu leisten, die sie brauchen, damit sie sich selbst helfen können.

8. Der Bundesrepublik Deutschland als einem der größten und reichsten Industrieländer erwächst eine besondere Verantwortung für die konstruktive und gerechte Gestaltung der Nord-Süd-Beziehungen.

Den Deutschen ist nach dem Zweiten Weltkrieg von vielen Ländern Hilfe beim Wiederaufbau zuteil geworden, etwa durch den Schuldenerlaß aus dem Londoner Schuldenabkommen von 1953. Heute hat die Bundesrepublik neben den USA und Japan bestimmenden Einfluß auf die Weltwirtschaft und die internationalen Institutionen. Sie hat diese Stellung offensiv im eigenen Interesse genutzt.

Beide deutschen Staaten haben innerhalb ihrer Bündnisse großes Gewicht. Sie sind aufgerufen, gemeinsame Initiativen von West und Ost für die Entwicklung des Südens zu fördern.

9. Im Blick auf die besondere Verantwortung der Bundesrepublik fordern wir Sozialdemokraten eine Neubestimmung der Nord-Süd-Politik. Sie muß eine Dimension der Gesamtpolitik werden und auf die oben genannten Ziele ausgerichtet werden.

Das bedeutet: finanziell und personell mehr dafür aufzuwenden, Parlamente und gesellschaftliche Gruppen intensiver zu beteiligen, der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit neue Impulse zu geben, um breites öffentliches Bewußtsein für die Probleme des Südens zu schaffen und das Engagement für die Nord-Süd-Beziehungen zu fördern.

Der hohe Stellenwert der Nord-Süd-Politik muß sich auch darin ausdrücken, daß sie zwar spezifische Ziele verfolgt, aber im Sinne einer Querschnittsaufgabe von allen politischen Ressorts und Institutionen aktiv unterstützt wird. Wo Entwicklungspolitik z. B. zur eigenen Landwirtschafts-, Außenwirtschafts- oder Umweltpolitik in Widerspruch steht, muß dieser überwunden werden.

Gefordert ist deshalb auch die Überprüfung unserer eigenen Politik im Blick auf ihre Auswirkungen auf den Süden.

III. Unser Weg

10. Wir Sozialdemokraten wollen eine neue Weltwirtschaftsordnung, die zugleich leistungsfähig, gerecht und sozial ist. Das heißt vor allem:

- Jedes Land muß entsprechend seiner Ausgangs- und Interessenlage selbst entscheiden können, wie und wie weit es sich in den Weltmarkt integriert.
- Ressourcen, Kapital und Märkte dürfen nicht von wenigen Industriestaaten und multinationalen Konzernen beherrscht werden. Internationale Konventionen, deren Einhaltung durch Sanktionen sichergestellt werden muß, sollen dies gewährleisten. Dazu gehört vor allem ein Verhaltenskodex für multinationale Konzerne.
- Vorleistungen der Industrieländer sind nötig, um einen fairen internationalen Wettbewerb zu ermöglichen und die Rahmenbedingungen des Weltmarktes für die Entwicklungsländer zu verbessern: Stabilere und langfristig niedrigere Zinsen, bessere Terms of Trade für Rohstoffländer, offene Märkte der Industrieländer und zeitlich gestufte Handelspräferenzen für Entwicklungsländer und ihre regionalen Zusammenschlüsse.
- Die Lösung oder zumindest Entschärfung der Verschuldungskrise muß erreicht werden durch Verzicht auf öffentliche und private Forderungen, Anpassung des Schuldendienstes an die langfristige innere Leistungsfähigkeit und äußere Transferfähigkeit der Schuldnerländer, international verbindliche Vereinbarungen zur Regelung staatlicher Insolvenzen und zur internationalen Kreditaufsicht.

11. Wir Sozialdemokraten fordern eine Reform der internationalen Institutionen, damit die Entwicklungsländer gleichberechtigt an einer effizienten weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit teilnehmen können. Das bedeutet insbesondere:

- Förderung größerer Wirtschaftszonen, die regionale Arbeitsteilung stärken und gemeinsame Nutzung von Ressourcen ermöglichen.
- Gleichgewichtigen Einfluß der Entwicklungsländer auf Politik und Struktur der weltwirtschaftlich bestimmenden Institutionen – insbesondere das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank.
- Ein Konzept für IWF und Weltbank, das abrückt von einseitig auf kurzfristige Zahlungsfähigkeit zielender Anpassungspolitik und einer vorwiegend auf einzelwirtschaftliche Rentabilität fixierten Projektpolitik zugunsten eines entwicklungspolitisch umfassenden Konzepts ökologisch und sozial verantwortlicher Entwicklung. Dieses muß mit den Institutionen der Vereinten Nationen abgestimmt werden.
- Schaffung wirksamer internationaler Mechanismen zur Bewältigung globaler Umweltprobleme, durch die der Schutz der Meere und der Erdatmosphäre gesichert und der Raubbau an nicht regenerierbaren Ressourcen gestoppt werden kann.

12. Wir Sozialdemokraten treten für eine Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik ein, die ihrer globalen Verantwortung gerecht wird. Das bedeutet vor allem:

- Das Verbot aller Rüstungsexporte in Länder außerhalb des OECD-Bereichs und verschärfte Sanktionen bei Verstößen.
- Unterbindung des Exports aller Güter, deren Absatz auf unserem Binnenmarkt nicht erlaubt ist.
- Die Bindung staatlicher Bürgschaften für Exporte und Auslandsinvestitionen in die Entwicklungsländer an entwicklungspolitische Kriterien.
- Abbau des Agrar- und Industrieprotektionismus zugunsten der Entwicklungsländer und der eigenen Verbraucher, verbunden mit vorausschauender Struktur- und Regionalpolitik.

– Ein Verhalten deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt, das entwicklungspolitischen Zielen nicht zuwiderläuft.

– Umbau der eigenen Industriegesellschaft mit dem Ziel, den spezifischen Verbrauch von Energie und Ressourcen ständig zu senken. Neue Technologien zur Einsparung und rationellen Verwendung von Ressourcen und zur Umwelterhaltung müssen durch einen entsprechenden Lebens- und Produktionsstil unterstützt werden.

Für diese wirtschaftspolitische Neuorientierung bedarf es des Umdenkens im eigenen Lande, aber auch der Abstimmung mit den europäischen Partnern. Europa muß Vorreiter eines global verantwortlichen Wirtschaftens werden.

13. Wir Sozialdemokraten werden die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Ländern des Südens verstärken. Wir setzen dabei vor allem folgende Akzente:

– Erhöhung der Mittel staatlicher Entwicklungshilfe mit dem Ziel, 1 % unseres Bruttosozialprodukts dafür aufzuwenden, und Stärkung der Anreize für entwicklungspolitische Initiativen aus dem privaten Bereich. Hauptelement der Finanzierung müssen Zuschüsse sein. Kredite sollen nur noch in Ausnahmefällen vergeben werden.

– Konzentration der Maßnahmen auf arme Länder und die für Hilfe zur Selbsthilfe wichtigen Sektoren Landwirtschaft, Handwerk, Bildung, angepaßte Technologie und Selbstorganisation. Besondere Förderung verdienen Projekte, die der regionalen Zusammenarbeit von Entwicklungsländern dienen.

– Ausrichtung sämtlicher Maßnahmen der staatlich geförderten finanziellen und technischen Zusammenarbeit auf Umweltverträglichkeit, Auswirkung auf Frauen, Anpassung an soziokulturelle und politische Bedingungen, Nutzung eigener Ressourcen. Die Nachhaltigkeit der Entwicklungsprojekte und ihre Vernetzung mit dem gesamten Entwicklungsprozeß eines Entwicklungslandes müssen stärker berücksichtigt werden.

– Vorrangige Förderung jener Entwicklungsländer, die einen eindeutigen Akzent auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse setzen, also mit konkreten Maßnahmen Strukturen der Selbsthilfe und Partizipation aufbauen, den Menschenrechten Geltung verschaffen, demokratische Entwicklung fördern, feudale und monopolistische Strukturen abbauen, gegen Korruption und Kapitalflucht vorgehen und um eine effiziente Wirtschafts- und Finanzpolitik bemüht sind.

– Verzicht auf Bedingungen, die entwicklungspolitische Leistungen von deutschen Lieferungen, von einer bestimmten Wirtschaftsordnung und außenpolitischem „Wohlverhalten" abhängig machen. Deutsche Lieferungen im Rahmen entwicklungspolitischer Leistungen müssen strenge entwicklungspolitischen Kriterien genügen.

– Schrittweise Integration der deutschen Entwicklungspolitik in ein Gesamtkonzept europäischer Entwicklungspolitik. Die Bundesregierung soll die Initiative für ein eigenes europäisches Gipfeltreffen zum Thema Entwicklungspolitik ergreifen.

14. Wir Sozialdemokraten sind nicht fixiert auf die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die in Europa historisch gewachsen ist. Nicht die spezielle Form unserer politischen Ordnung ist unser Kriterium. Entscheidend ist, ob die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte tatsächlich verwirklicht und den Menschen entsprechende Entwicklungschancen gegeben werden. Das bedeutet für uns:

– Parteinahme für Befreiungsbewegungen, die den Menschenrechten, der Demokratie und der Beseitigung von Rassismus jeglicher Art verpflichtet sind. Wir unterstützen deshalb aktiv den African National Congress (ANC), die South West African Peoples Organization (SWAPO), die Bewegungen in Mittelamerika und anderen Kontinenten, die für soziale Demokratie und die Souveränität ihrer Länder kämpfen. Wir Sozialdemokraten werden uns an einem entsprechenden Solidaritätsfonds für diese Länder beteiligen.

– Zurückhaltung und gegebenenfalls Sanktionen gegenüber Regierungen, die – wie derzeit in Südafrika, Paraguay und Chile – keine konkreten Maßnahmen einleiten, um den Menschenrechten und einer demokratischen Entwicklung Geltung zu verschaffen.

– Besondere Unterstützung für Regierungen, die – wie im südlichen Afrika oder in Mittelamerika – militärischen, wirtschaftlichen und politischen Repressionen durch Nachbarstaaten, Regional- und Supermächte ausgesetzt sind.

Ein Sofortprogramm Nord-Süd

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert ihre Bundestagsfraktion auf, diese Forderungen zu konkretisieren und die Initiative für ein Sofortprogramm Nord-Süd zu ergreifen.

Dieses Programm soll insbesondere auch die vorliegenden Konzepte der SPD zur Lösung der internationalen Verschuldungskrise, für den Sonderfonds „Zukunftsprogramm Dritte Welt" und für die ungeschmälerte Verwendung der Tilgungsrückflüsse aus Entwicklungsländern zu entwicklungspolitischen Zwecken einbeziehen.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn 1
Druck: PMS-Druck, 5000 Köln 90 – 9.88 – A 1 – 20 – Bestell-Nr. 200374

Weitere Informationen:

Politik Nr. 7:
Unser Konzept: Humaner Fortschritt, ökologische Erneuerung und Vollbeschäftigung
Beschluß zur Wirtschafts- und Finanzpolitik
Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988
Bestell-Nr. 200324, Preis: 40 Pf

Politik Nr. 8:
Die Zukunft sozial gestalten - Sozialpolitisches Programm der SPD
Beschluß zur Sozialpolitik
Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988
Bestell-Nr. 200334, Preis: 70 Pf

Politik Nr. 9:
Auf dem Weg zur umweltverträglichen Industriegesellschaft
Beschluß zur Umweltpolitik
Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988
Bestell-Nr. 200344, Preis: 30 Pf

Politik Nr. 10:
Frieden und Abrüstung in Europa
Beschluß zur Friedens- und Abrüstungspolitik
Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988
Bestell-Nr. 200354, Preis: 25 Pf

Politik Nr. 11:
Der europäische Sozialraum
Beschluß zur Europapolitik
Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988
Bestell-Nr.200364, Preis: 20 Pf

Politik Nr. 12:
Leitlinien sozialdemokratischer Nord-Süd-Politik
Beschluß zur Nord-Süd-Politik
Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988
Bestell-Nr. 200374, Preis: 25 Pf

Politik Nr. 13:
Eine Partei ohne Jugend ist eine Partei ohne Zukunft
Beschluß zur Jugendpolitik
Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988
Bestell-Nr. 200384, Preis: 25 Pf

Politik Nr. 14:
Kunst und Kultur sind Ausdruck des schöpferischen Reichtums unserer Gesellschaft
Beschluß zur Kulturpolitik
Parteitag in Münster 30. 8.-2. 9. 1988
Bestell-Nr. 200394, Preis: 20 Pf

Materialien:
Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft
Bericht der PV-Kommission "Energie- und Umweltpolitik".
Bestell-Nr. 320824, Preis: 3,- DM

Bestellung gegen Voreinsendung, Lastschrift oder Nachnahme des Betr
Vorstand der SPD, Referat Produktion und Vertrieb, Postfach 2280, 53